

SPD fordert personelle Konsequenzen

Auch das zweite Bäderverfahren steht in Königswinter vor dem Aus. Opposition setzt auf Sanierung des Hallenbades

VON HANSJÜRGEN MELZER

KÖNIGSWINTER. Auch das zweite Bäderverfahren ist in Königswinter so gut wie gescheitert. In der Sondersitzung am Mittwoch, 27. Mai, wird der Stadtrat in nicht-öffentlicher Sitzung voraussichtlich beschließen, das Vergabeverfahren in Öffentlich-Privater Partnerschaft (ÖPP) zu beenden. Grund: Der Bieter Rösge, der in Oberpleis ein neues Hallenbad bauen möchte, hat nach Einschätzung der Verwaltung kein akzeptables Angebot abgegeben. Die Stadt schlägt daher der Politik vor, das Verfahren zu beenden.

Gleichzeitig hält sie das Bürgerbegehren „Lemmerzbäder erhalten und sanieren“ für unzulässig. Auch darüber, ob er sich dieser Einschätzung anschließen wird, muss der Stadtrat am 27. Mai entscheiden. Die Sondersitzung war von der Fraktion Die Linke beantragt worden, um eine schnelle Entscheidung beim Thema Bürgerbegehren herbeizuführen.

Personelle Konsequenzen in der Verwaltungsspitze fordert SPD-Fraktionschef Jürgen Kusserow nach dem erneuten Scheitern des Bäderverfahrens. Hauptschuldiger ist für ihn Kämmerer Ashok Sridharan. „Wer übernimmt die Verantwortung für die völlig verfehlte ÖPP-Politik? Urheber ist allein der Kämmerer“, sagte Kusserow.

Sridharan und die Verwaltung seien zum zweiten Mal mit einem Verfahren der Öffentlich-Privaten Partnerschaft „grandios gescheitert“. Die Kosten für Beratung und Projektsteuerung würden sich im hohen sechsstelligen Bereich, und, wenn man die in der Verwaltung entstandenen Kosten dazunehme,



Neubau? Oder doch Sanierung? Wie es mit den Schwimmbädern in Königswinter, die auch bei Besuchern aus dem benachbarten Bonner Stadtgebiet beliebt sind, weitergeht, ist nun wieder völlig offen. ARCHIVFOTO: HOMANN

sogar im siebenstelligen Bereich bewegen. „Mir fehlt das Vertrauen in die Beraterfähigkeit und Kompetenz des Kämmerers.“

Für die Sanierung des Hallenbades wünsche sich die SPD einen anderen Projektsteuerer in der Verwaltung, so Kusserow.

Im Gegensatz zu den anderen Fraktionen habe die SPD stets auf eine Sanierung des Königswinterer Hallenbades gesetzt und fühlt

sich daher laut Kusserow „mehr als bestätigt und hochzufrieden“.

Diese Position teilt sie inzwischen mit der Königswinterer Wählerinitiative (Köwi) und der Linken. Bis zur Ratssitzung am 22. Juni wollen diese Fraktionen Vorschläge für das weitere Vorgehen machen. Die Verwaltung möchte ihre Vorschläge erst am 29. September unterbreiten. „Wir gehen jetzt erst recht davon aus,

dass die Sanierung des Hallenbades die kostengünstigste und risikoärmste Variante ist“, sagte Köwi-Fraktionschef Lutz Wagner.

Die Verwaltung müsse nun darstellen, wie dies vor dem Hintergrund der Haushaltssituation realisiert werden könne. Alternativ könne auch ein Neubau in Eigenleistung geprüft werden.

Die städtische Zuzahlung müsse jedoch bei anfänglich maximal

900 000 Euro gedeckelt werden. „Wenn dies nicht realisierbar ist, darf auch die Schließung des Bades nicht mehr ausgeschlossen werden“, so Wagner. Bei 130 000 Besuchern im derzeitigen Hallenbad sollte dies jedoch verhindert werden können. „Wir bedauern, dass das Verfahren abgebrochen wird, weil wir diese Variante für die finanziell günstigste halten“, sagte CDU-Fraktionschef Josef Griese.

Man wolle jetzt keine Schnellschüsse. „Wir halten viel davon, erst mal innezuhalten und in der Haushaltssituation zu überlegen, was wir uns noch leisten können.“ In keinem Fall werde man sich einem Vorschlag, das alte Hallenbad zu sanieren, zum derzeitigen Zeitpunkt anschließen, ohne zu wissen, wie dies im Haushalt dargestellt werden könnte, so Griese.

Für Grünen-Chefin Claudia Owczarczak ist selbst das Thema Bäderneubau in Oberpleis noch nicht ganz abgehakt. „Die Verwaltung war lediglich beauftragt, ein Klärungsgespräch zu führen. Man muss die Frage stellen, ob alles versucht wurde, die offenen Fragen aufzuklären.“ Sie werde heute selbst Akteneinsicht nehmen, um gut vorbereitet in die Ratssitzung zu gehen. „Unsere Aufgabe ist es schließlich auch, die Verwaltung zu kontrollieren.“

Die Linke hat beantragt, das Bäderverfahren zu beenden und die Verwaltung zu beauftragen, zügig die Sanierung der beiden Lemmerzbäder in Eigenregie vorzubereiten. Für die Ratssitzung im Juni soll eine beschlussfähige Vorlage erstellt werden. Die Sanierung des Hallenbades solle dabei Vorrang vor der des Freibades haben.

AUS DER REGION



KOMMENTAR

Von GA-Redakteur
Hansjürgen Melzer

Schlechte Empfehlung

Böse Zungen in Königswinter haben zuletzt behauptet, eine Entscheidung über das Bäderverfahren würde bis nach der Bonner OB-Wahl auf sich warten lassen. Nun ist die Katze aus dem Sack – und bis zur Wahl sind es noch fast vier Monate. Für den Bonner OB-Kandidaten der CDU, Ashok Sridharan, der zurzeit noch Beigeordneter und Kämmerer im Siebengebirge ist, ist das erneute Scheitern des von ihm betreuten Projekts der Öffentlich-Privaten Partnerschaft keine gute Empfehlung. Auch Bonn hat viele große Baustellen.

ÖPP-Verträge waren bei der Sanierung des Schulzentrums und dem Bau des Kunstrasenplatzes in Oberpleis oder der Errichtung von Feuerwehrgerätekäusern offensichtlich ein probates Mittel. Im Fall der Bäder waren sie es nicht. Sridharan hat seine Nähe zu den privaten Partnern sogar den Titel „ÖPP-Persönlichkeit des Jahres“ eingebracht. Ein Grund, ihm zu gratulieren, wenn es dem Wohle der Stadt dient. Um Königswinterer Bäder hat er sich nicht verdient gemacht. Es ist zu vermuten, dass der OB-Kandidat die Antwort auf die seit acht Jahren offene Bäderfrage in Königswinter nicht mehr in dafür verantwortlicher Position erleben wird.

Wer den Schuldigen allerdings allein in der Verwaltung finden will, macht es sich zu einfach. Jahrelang hat auch die Koalition ÖPP als das alleinige Allheilmittel gesehen. Dem einen oder anderen wäre selbst jetzt sogar ein drittes Vergabe-

Acht Jahre ohne ein Ergebnis – Chronologie der Bäderverfahren

■ **März 2007:** Die Stadt Königswinter präsentiert die SAB Bodensee GmbH, die das Freibad in ein Hotel mit Bad und Wellness umbauen will. Das Hallenbad soll geschlossen werden.

■ **Mai 2007:** Der Investor springt ab, weil den Plänen viel Kritik entgegen schlägt. Zu den Gegnern zählt die neu gegründete Bürgerinitiative „Rettet die Lemmerzbäder“, die später zum Förderverein wird. Der Verein fordert eine Sanierung des alten Hallenbades.

■ **November 2008:** Das erste Ausschreibungsverfahren wird gestoppt, weil alle drei Bieter nicht bereit sind, für einen städtischen Zuschuss in Höhe von von 800 000 Euro einen Neubau zu errichten.

■ **April 2011:** Eine Bietergemeinschaft aus Schwimmtreff GmbH und SAB Bodensee bietet an, am Rhein ein neues Hallenbad zu errichten. Die Firma Rösge möchte in Oberpleis ein Hallenbad bauen.

■ **Oktober 2011:** Der Sportausschuss beschließt, ein zweites Vergabeverfahren einzuleiten. Es gibt Angebote der Firma Rösge sowie der Berndorf Bäderbau GmbH gemeinsam mit dem Schwimmtreff.

■ **Februar 2014:** Der Rat gibt den Zuschlag an Berndorf.

■ **Mai 2014:** Berndorf springt ab. Die Aufsichtsratsgremien stimmen dem Vertrag nicht zu.

■ **September 2014:** Die Politik beschließt mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP, das Bäderverfahren fortzusetzen und mit Rösge zu verhandeln.

■ **Dezember 2014:** Der Königswinterer Stadtrat beschließt, bei der Firma Rösge ein konkretes Angebot für den Bau eines Hallenbades in Königswinter-Oberpleis, die Sanierung des Lemmerz-Freibades und den Betrieb beider Bäder einzuholen.

■ **Februar 2015:** Das Bürgerbegehren „Lemmerzbäder erhalten und sanieren“ beginnt mit der Unterschriftensammlung. Mitte April übergibt man Bürgermeister Peter Wirtz 5784 Unterschriften.

■ **Mai 2015:** Die Königswinterer Verwaltung schlägt der Politik vor, das Bädervergabeverfahren wegen des nicht akzeptablen Angebots zu beenden. Zugleich erklärt sie das Bürgerbegehren für unzulässig. *mel*